Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschafter

Bezugspreis: im Hause monatlich 2.50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2.20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 2 / Fernsprecher 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18594 / Sprechstunden: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.35 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den redaktionellen Teil einer Textseite 1.50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang — Dresden, Freitag den 27. Dezember 1929 — Nummer 299

Die Sozialdemokratie verschachert mit Koalitionspartnern die Dresdner städtischen Betriebe

So lügt die Sozialdemokratie:

„Die großen Wirtschaftsbetriebe der Stadt Dresden bleiben in kommunaler Verwaltung"

Dresden, 27. Dezember.

Schon am 11. Oktober berichteten wir, daß die städtischen Betriebe der Stadt Dresden dem Privatkapital in die Hände gespielt werden sollen. Diese unsere Behauptung ist nunmehr bestätigt. Die Dresdner Gemeindebetriebe werden in Aktiengesellschaften umgewandelt, sie werden zu Profitquellen großer Truste. In einer Vorlage an die Stadtverordneten sind alle Voraussetzungen für die Veräußerung der Betriebe ausgearbeitet. Es liegen bereits die Gesellschaftsverträge vor, und in einem umfangreichen Memorandum hat Herr Dr. Blüher die Begründung zu dieser skandalösen Verschacherung der städtischen Werke an ausländische Finanzmagnaten niedergelegt. Die Dresdner Presse berichtete über die Tatsache vollkommen irreführend, wenn sie betonte, daß dies keine Veräußerung der Betriebe bedeute, da sich die Aktien restlos in der Hand der Stadt Dresden befinden. Wir stellen fest, daß die kommunalen Betriebe Dresdens durch diese von der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront ausgeheckten Pläne zu einer Goldgrube des Bankkonsortiums, das die Dresdner Betriebe finanziert, werden sollen.

Wir schrieben schon am 11. Oktober unter der Ueberschrift „Die Dresdner kommunalen Betriebe in Gefahr":

„Der Sozialdemokrat Dr. Blüher hat hier als vorsorglicher Mann schon beizeiten vorgebaut. Er hat bereits im vorigen Jahre Vorschläge zur Verschacherung gemacht. Diese Vorschläge stehen in engster Verbindung mit den Finanzschwierigkeiten, die durch die Anleihepolitik Hilferdings verschuldet worden sind. Schon seit vorigem Jahre versucht Dresden, eine Anleihe unterzubringen bzw. größeren Geldbedarf zu decken, immer ohne Erfolg... Sie führten Anfang dieses Monats zu den skandalösen Vorschlägen Blühers an den Kassenausschuß..."

Diese Vorschläge, die wir gleichzeitig veröffentlichten, lauteten:

„Es wird eine Betriebsgesellschaft geschaffen mit dem Zweck der Uebernahme der Betriebe des städtischen Werkes, nämlich Gaswerk, Elektrizitätswerk, Wasserwerk und Straßenbahn. Die rechtliche Form dieser Betriebsgesellschaft ist nebensächlicher Natur. Es kommen in Betracht die Form der Aktiengesellschaft und die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Betriebsgesellschaft hat nur dann einen Sinn und kann nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn an ihr eine bestehende, anerkannte, in ausgezeichnet finanzieller Verfassung befindliche Privatunternehmung ausschlaggebend beteiligt wird."

Die SPD erkannte natürlich die Wirkung dieser Entdüllungen und antwortete mit einem wüsten Pamphlet, in dem die „Arbeiterstimme" und die Kommunistische Partei der „Wahlrüge" und sonstiger „niederträchtigen Handlungen" bezichtigt wurden. Großspurig wird unter der Ueberschrift „Eine klare, unzweideutige Antwort" auf der Seite 2 ein Schreiben des Rates zitiert, in dem gesagt ist: „Weder der Rat noch eine städtische Dienststelle im Auftrag des Rates hat Schritte in der von der kommunistischen Presse angedeuteten Weise unternommen."

Sie waren also sehr vorsichtig, die Herrschaften von der SPD. Eine eigene Meinung brachten sie nicht vor, sondern sie versteckten sich hinter einen Schriftsatz des Rates, um später immer die Möglichkeit zu haben, in der Oeffentlichkeit erklären zu können: „Wir wurden getäuscht!" Die Arbeiter werden sich entsinnen, daß die Sozialdemokratie sich öfter dieser Methoden bediente, schon seit 1914 ist es üblich, hinterher zu behaupten, daß die armen Schlucker von der Sozialdemokratie durch ihre Koalitionsfreunde „betrogen" wurden. Diese Methode ist sehr bequem und scheint den „Betrogenen" auch noch mitleidsvolle Hilfe einzubringen. Jedoch ist dieses Manöver gar zu offensichtlich, als daß es dauernd von den Arbeitern geglaubt würde. Ganz besonders aber bei dieser skandalösen Verschacherung der Dresdner Betriebe spielt der Sozialdemokrat Dr. Blüher insofern die Hauptrolle, als er die ganzen Verhandlungen geführt und die Vorschläge ausgearbeitet hat. Wir stellen also fest: die Verschacherung der Dresdner Betriebe liegt in der Linie, die die Trustbourgeoisie seit Jahren anstrebt. Die Sozialdemokratie wird durch ihre Rolle als Koalitionspartner der kapitalistischen Parteien gezwungen, den Willen der Bourgeoisie zu vollstrecken und ihren gierigen Händen alle im Besitz des Reiches und der Gemeinden befindlichen Werte auszuliefern.

Besonders verächtlich ist die Auslieferung dieser Dresdner Betriebe an ein ausländisches Konsortium durch die raffinierte Methode, mit deren Hilfe die Dresdner werktätige Bevölkerung hinters Licht geführt werden soll. Es wird gesagt:

Die Finanzschwierigkeiten „können nur beseitigt werden durch Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe von mindestens 40 Millionen Reichsmark. Anfang dieses Monats ist der Stadtgemeinde ein Angebot auf eine solche Anleihe gemacht worden... Da jedoch der Eigentumskredit deutscher Städte im Ausland... zu stark belastet ist, ist die Voraussetzung hierfür die Ueberführung der städtischen Werke in Aktiengesellschaften."

Das bedeutet also, die Verwaltung der städtischen Betriebe soll nicht mehr unter der Kontrolle der Stadtverordneten stehen, sondern die Betriebe sind als Aktiengesellschaften vollkommen selbständig, jeder Kontrolle entzogen. Sie treiben eine Preispolitik, wie es die Interessenten dieser Aktiengesellschaft für gut befinden, d. h. also, die Aktiengesellschaft wird abhängig sein von den Profitinteressen ihrer ausländischen Geldgeber und, um jedes Hindernis zu beseitigen, werden die Betriebe ihrer Kontrolle entzogen. Daß die Profitinteressen die Richtschnur für die Politik der städtischen Betriebe in Zukunft sein werden, geht aus folgendem hervor:

„Den Anleihegebern sollen zur Wahrung ihrer Interessen bei der Höhe des Anleihebetrages lediglich während der Dauer der Anleihe 2 Sitze in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften vorbehalten bleiben."

Es ist dies eine Formulierung, aus der jeder Kenner sofort ersieht, daß die ausländischen Geldgeber alle Entscheidungen zu treffen haben. Es kommt nicht auf die Zahl der Stimmen, die die beiden Vertreter der Anleihegeber in dem Aufsichtsrat besitzen, sondern entscheidend ist, daß eine einfache Drohung, das Kapital zurückziehen zu wollen, genügt, um ihren Willen durchzusetzen. Alle Beteuerungen, daß die äußere Form völlig belanglos ist, sondern der Inhalt der Preispolitik der städtischen Werke, der Abbau der Sozialpolitik für die Arbeiter und Angestellten ist das Entscheidende. Geradezu rührend ist in der Vorlage gesagt:

(Fortsetzung 2. Seite)

Sozialdemokratisches Weihnachtsgeschenk an das Finanzkapital

Gegen bürgerliche Weihnachtsheuchelei

Rotes Massenmeeting in Berlin

Berlin, 27. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.)

Auf dem am sogenannten 2. Weihnachtsfeiertag stattgefundenen Roten Massenmeeting, das die Berliner Organisation der KPD veranstaltet hatte und das von vielen Tausenden von Arbeitern besucht war, überbrachte ein Leningrader Genosse die Grüße der russischen Arbeiter. Unter ungeheurem Beifall führte der russische Genosse aus, daß die Arbeiterschaft in der Sowjetunion den Weihnachtsfeiertag abgeschafft hat und daß **in allen Großbetrieben an diesem früheren Feiertag verstärkt gearbeitet wurde zugunsten des industriellen Fonds, um den Fünfjahrplan durchzuführen** und den Sozialismus aufzubauen. Die in Berlin **versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen gelobten, alles** dafür einzusetzen, daß auch in Deutschland die **kapitalistische** Diktatur gestürzt und die Diktatur der Arbeiter **errichtet** und der Sozialismus **aufgebaut würden. Mit besonderem** Beifall wurde die Agitproptruppe des Komitees gegen das RFB-Verbot begrüßt, die in ihren Darstellungen immer wieder betonte, daß **der Rote Frontkämpferbund nicht zu** verbieten ist.

Die Dresdner Hungerdemonstration brutal auseinandergeschlagen

Dresden, den 27. Dezember.

Am 24. Dezember sammelten sich die Dresdner Erwerbslosen auf den drei Stellplätzen (Fischhof-, Holbein- und Bischofsplatz), um der Bourgeoisie, die schmausend beim Weihnachtsbraten sitzt, ihr Elend in die Ohren zu schreien. Gellend dröhnten die Rufe des Hungerchores durch die Straßen der Stadt. Mit einem begeisterten „Rot Front!" wurden die Erwerbslosendemonstranten aus mancher Arbeiterwohnung begrüßt. Aber die Bürger waren empört, daß die hungernden Erwerbslosen nicht an die Friedensgesänge der Satten und Vollgefressenen glauben wollten. Mancher Bürger schrie zum Fenster hinaus und machte seinem Unmut über die Störenfriede Luft. Die Polizei hatte natürlich die Aufgabe, den heiligen Frieden zu sichern und schlug brutal auf die demonstrierenden Erwerbslosen ein, um sie auseinanderzutreiben. Das Arbeiterviertel Löbtau wurde vollständig abgeriegelt durch Kuhns Garten. An der Bürgerwiese gab ein Schupooffizier den Erwerbslosen den Rat: „Geht doch ins Bett!" Alles das, um den Bourgeois nicht die Weihnachtsfreude zu verderben. Die Erwerbslosen aber bewiesen, daß es für sie keinen Weihnachtsfrieden, sondern nur Klassenkampf gibt, um dem **Elend der kapitalistischen Ausbeutung und Rationalisierung entgegenzutreten.** Mustergültige Disziplin zeichneten die etwa 500 demonstrierenden Erwerbslosen aus. Auf keine Provokation ließen sie sich ein. Die Erwerbslosen beachteten nur, was die Führung anwies. Diese mustergültige Disziplin ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die systematisch organisierten Provokationen durch die Polizei und ihren Spitzelapparat offensichtlich die Demonstranten **entnerven sollten. Die kommenden Kämpfe der Arbeiter,** die immer schärfere Formen annehmen, werden gerade dann erfolgreich sein, wenn sie beseelt von einer solchen Disziplin, wie am 24. Dezember, in Erscheinung trat. Am Dippoldiswaldaer Platz wurde Gen. Rothbarth verhaftet. Er mußte aber, da ihm weiter nichts nachgewiesen werden konnte, als mit seinen erwerbslosen Kameraden demonstriert zu haben, wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Erwerbslosen Dresdens haben jedenfalls der Bourgeoisie bewiesen, daß sie sich trotz aller sentimentalen Gesänge vom Weihnachtsfrieden nicht abhalten ließen, für ihre Kampfforderungen „Arbeit und Brot" zu demonstrieren.

12 Selbstmorde zum „Fest der Liebe"

Durch die Presse geht die Nachricht, daß in Berlin am „heiligen Abend" 12 Selbstmorde zu verzeichnen sind. Eine sehr peinliche Tatsache, und für die ganze Weihnachtsheuchelei des Bürgertums ein Faustschlag. Es sind nicht nur 12 Selbstmorde in Berlin. An vielen Orten des „heiligen" Vaterlandes krepieren Menschen, Proletarier, alte und siche, die nicht mehr die Kraft aufbringen, sich zu behaupten.

Das mörderische System der Ausbeutung kann auch durch noch so heuchlerische Stimmungsmache nicht darüber hinwegtäuschen, daß es verdient, so schnell wie möglich beseitigt zu werden. Die Arbeiter aber müssen wissen, daß Selbstmord keine Lösung für das Proletariat ist, sondern Klassenkampf allein ist die Voraussetzung für die Befreiung.